

Unterrichtsbaustein 1 ‚Gibt es eine Pflicht zu dienen?‘

Erläuterungen zum Baustein

Die Materialien dieses Bausteins regen zu einer Auseinandersetzung mit der Frage an, ob es eine allgemeine Wehrpflicht geben sollte, im Kontrast zu einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee. Auf den deutschen Kontext übertragen lautet die Frage dementsprechend: Sollte die bereits bestehende, aber außer Kraft gesetzte allgemeine Wehrpflicht (Stand November 2025) wieder in Kraft treten? (Und wenn ja, für wen sollte sie gelten?) In den einzelnen Materialien werden unterschiedliche Debatten aufgegriffen, um eine informierte Beantwortung dieser Frage zu ermöglichen. Die Materialien M2 bis M4 lassen sich wahlweise aufeinander aufbauend, arbeitsteilig oder auch lediglich auszugsweise erarbeiten. Sie wurden primär für Lerngruppen der gymnasialen Oberstufe entwickelt.

In **M1** positionieren sich die Schüler:innen zu der Frage, ob eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Sie begründen ihre Position und gewichten weitere Gründe für und gegen diese. Dies geschieht in Reaktion auf einen Fall, der eine leicht verfremdete Version der aktuellen Debatte in Deutschland darstellt: Es gibt eine militärische Bedrohung in der Nachbarregion. Das eigene Land ist aktuell nicht verteidigungsfähig. Die nötige Stärkung des Militärs im Rahmen einer Freiwilligenarmee wäre sehr aufwändig. Die Regierung erwägt deswegen die Einführung einer Wehrpflicht. Diese hinführende Aufgabe verengt auf diese Weise den Fokus auf die Frage nach einer Wehrpflicht und blendet (grundlegendere) Fragen – etwa nach der Legitimität der Anwendung von Gewalt und der Möglichkeit von gerechten Kriegen – aus.

In **M2** untersuchen die Schüler:innen, ob sich eine Wehrpflicht vor dem Hintergrund allgemeinerer Solidaritätspflichten begründen lässt. Eine solche Perspektive legt der Auszug eines Bundesverfassungsgerichtsurteils aus dem Jahr 1960 nahe. Hier wird darauf verwiesen, dass die Bürger:innen der Bundesrepublik in einem gemeinschaftlichen Verhältnis zueinander stehen, das mit gegenseitigen Pflichten einhergeht. Ein so geartetes Verhältnis widerspreche nicht der Wehrpflicht, sondern – so lässt sich schließen – verpflichtet die Bürger:innen, einander zu verteidigen. Die Schüler:innen arbeiten in einem ersten Schritt diese Sichtweise auf Bürger:innen demokratischer Gesellschaften heraus und diskutieren in einem zweiten, ob sich diese mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Hier werden Schüler:innen möglicherweise auf ein individualistisches Gesellschaftsklima verweisen, das sich mit einer solchen Vorstellung reibt.

Mithilfe des Textes des kanadischen Philosophen Charles Taylor erarbeiten die Schüler:innen in loser Anknüpfung an die Formulierung des Bundesverfassungsgerichts die Funktion von Solidarität für demokratische Gesellschaften und überprüfen, ob diese die Einführung einer Wehrpflicht begründen kann. Taylor argumentiert, dass es in einer freiheitlichen Gesellschaft, in der es keinen despotischen Zwang gibt, Solidarität als Motivationsprinzip für die Bürger:innen braucht. Patriotische Solidarität sieht er dabei „irgendwo zwischen Freundschaft oder Familiengefühl einerseits und altruistische Hingabe“ andererseits. Er verweist darauf, dass das Zahlen von Steuern auf einem solchen Prinzip beruht. Da Solidarität im Text nicht explizit definiert wird, kann es hilfreich sein, ergänzend etwa folgende Bestimmung und Beispiele in die Lerngruppe zu geben: Nach einem verbreiteten Verständnis liegt Solidarität vor, wenn Menschen sich als eine soziale Gruppe

wahrnehmen, etwa auf der Grundlage einer Rolle („Bürger:in eines Staates“, „Arbeiter:in“), geteilter Erfahrungen („Missbrauchsoffer“) oder einem geteilten Anliegen („Klimagerechtigkeit“) und die Mitglieder bereit sind, einander zu unterstützen oder gemeinsam zu handeln. Mit Blick auf die Frage, ob Solidarität auch ein hinreichender Grund für eine allgemeine Wehrpflicht sein kann, können die Schüler:innen beispielsweise darauf verweisen, dass auch Solidaritätspflichten Grenzen haben können und nicht unbedingt alle staatlichen Eingriffe in individuelle Freiheiten legitimieren können – gerade, wenn diese, wie die Wehrpflicht, mit körperlichen Gefahren und psychologischen Leiden verbunden sind.

Anhand des Textes des deutschen Journalisten Ole Nymoen untersuchen die Schüler:innen daraufhin, wie legitim es ist, das Solidaritätsprinzip für die Begründung einer Wehrpflicht anzuführen, wenn es in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht eingelöst wird. Hierzu rekonstruieren sie zunächst die Argumentation des Textes und vergleichen dann das sich ergebende Bild mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In einer weiteren Aufgabe überprüfen die Schüler:innen die Überzeugungskraft der Position Nymoens. Hier können sie beispielsweise darauf verweisen, dass Deutschland ein Sozialstaat ist (etwa mit Blick auf Gesundheitsversorgung, Sozialhilfe, Bildungsförderung) – auch wenn die sozialstaatlichen Institutionen erodiert werden und politisch umkämpft sind.

Falls es bei der Bearbeitung von M2 zu einer Einstimmigkeit der Lerngruppen kommt – insbesondere zu einer allgemeinen Ablehnung der Wehrpflicht – und so die Kontroverse unterbleibt, kann die Lehrkraft als Anwalt der Gegenposition auftreten, um die Lerngruppe zu einer tieferen Auseinandersetzung zu bewegen. Die Argumentationslinie kann beispielsweise die Bedingtheit der persönlichen Freiheit betonen, wenn die Lerngruppe einhellig Wehrpflicht als unangemessene Freiheitseinschränkung ansieht: Die Freiheit gibt es nicht ohne Aufwand und Einsatz, und keine Freiheit besteht unangefochten. Vor diesem Hintergrund lässt sich ein individualistisch verkürztes Freiheitsverständnis kritisieren. Ein konkreter Impuls aus dieser Anwaltsrolle könnte etwa lauten: „Die US-Armee im Zweiten Weltkrieg war eine Armee aus Wehrpflichtigen. Ohne die Wehrpflicht hätten die USA nicht wirksam in den Krieg eintreten können und ohne den Beitrag der USA wäre ein Sieg über die Achsenmächte (faschistisches Italien, stark militaristisches Japan und das nationalsozialistische Deutschland) nicht möglich gewesen. Wer also heute dankbar für die militärische Niederlage des Nationalsozialismus ist, dankt der Möglichkeit des demokratischen Staates, seinen Bürgern die Wehrpflicht aufzuerlegen.“

In **M3** befassen sich die Schüler:innen mit der Wechselwirkung von Militär und Zivilgesellschaft. Die grundlegende Frage ist dabei, ob eine Wehrpflicht zu einer Militarisierung der Gesellschaft oder, umgekehrt, zu einer Demokratisierung des Militärs führt. Erstere Position erarbeiten die Schüler:innen anhand des „Manifest gegen die Wehrpflicht und die militärische Ausbildung der Jugend“ von 1930, das von einer Vielzahl Intellektueller aus zahlreichen Ländern unterzeichnet wurde, darunter Albert Einstein, Sigmund Freud und Selma Lagerlöf. In der zweiten Aufgabe konkretisieren die Schüler:innen die dort formulierten Sorgen. Hier können sie etwa auf die Normalisierung von Gewalt und aggressiver Konfliktlösung verweisen, oder auf eine Kultur des Gehorsams. Die Schüler:innen untersuchen zudem, ob militärische Werte notwendigerweise schlecht für eine Gesellschaft sind (z.B. Integrität, Respekt, Kameradschaft, Disziplin).

Mithilfe einer Rede des damaligen Verteidigungsministers Manfred Wörner (CDU) erarbeiten die Schüler:innen danach die scheinbar gegenteilige Position. Wörner zufolge führt die Wehrpflicht dazu, dass eine demokratische Kultur in die Armee hereingetragen wird, weil in dieser eine breite Gruppe von Bürger:innen dient – und nicht für den Militärdienst bezahlte Profis. Spezifischer betont er dies mit Blick auf die Rolle von Soldat:innen, die die Schüler:innen in Aufgabe 1 erarbeiten. Wörner zufolge können Bürger:innen in Uniform sich jederzeit beschweren. Auch müssten Vorgesetzte sich auf diese Beschwerden einlassen. Zudem sollten staatsbürgerliche Soldat:innen sich wehren, wenn (ihre) Rechte verletzt werden. Sie zeichneten sich zudem durch Empathie und Vertrauen aus. Die Schüler:innen kontrastieren daraufhin dieses Bild mit demjenigen des Manifests gegen Wehrpflicht und beurteilen, ob sich beide Texte grundlegend widersprechen. So könnte es prinzipiell sein, dass beide Effekte gleichzeitig auftauchen – also dass das Militär demokratisiert wird und die Zivilgesellschaft stärker militärisch geprägt.

Werden in den beiden vorherigen Texten empirische Vermutungen beziehungsweise Hoffnungen über den jeweiligen Einfluss von Militär und Zivilgesellschaft deutlich, wird die Diskussion im Folgenden auf eine normative und damit eine genuin philosophische Ebene gehoben. Hier geht es um die Prinzipien, Werte und Ideale, die für Militär auf der einen und für Demokratie auf der anderen Seite charakteristisch sind, und um die Frage nach deren Kompatibilität. Im engeren Sinne militärische Werte und Ideale erarbeiten die Schüler:innen im Rahmen der Auseinandersetzung mit einer Rede, die der amerikanische Verteidigungsminister Pete Hegseth (Republikaner) im September 2025 vor hochrangigen amerikanischen Offizieren gehalten hat. Im markanten Gegensatz zu der Rede Wörners sieht Hegseth die Rolle von Soldat:innen in Opposition zu denjenigen von Zivilist:innen (und, so lässt sich schließen: von Staatsbürger:innen). Soldat:innen, so Hegseth, sollen Befehlen folgen und ohne Einschränkung durch politische Regeln töten. Das Militär habe die Aufgabe, Kriege zu führen und zu gewinnen sowie Feinde zu zerstören. In einem nächsten Schritt kontrastieren die Schüler:innen diese Vorstellungen mit demokratischen Werten und Idealen und verdeutlichen die entsprechenden Spannungen: So stehen die Forderung nach „freier Hand“ für Soldat:innen etwa in Spannung mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und die Forderung nach Aggressivität mit den demokratischen Werten von Dialog und friedlicher Konfliktlösung. In einem letzten Schritt überlegen die Schüler:innen abschließend, welche militärischen Prinzipien, Werte und Ideale zu einer Stärkung demokratischer Gemeinschaften beitragen könnten (z.B. Verantwortung oder Dienst an der Gemeinschaft).

M4 fokussiert auf die Risiken und Zumutungen, die mit Militärdienst verbunden sind und auf die sich hieraus ergebenden Implikationen für die Legitimität einer allgemeinen Wehrpflicht. Initiiert wird die unterrichtliche Auseinandersetzung mit diesem inhaltlichen Aspekt durch die Diskussion einer Werbekampagne der Bundeswehr, in deren Rahmen mehrere Influencer:innen zu einem „Roadtrip“ eingeladen werden, auf dem sie (vermeintlich) das Leben als Soldat:in kennenlernen. Hier sollen die Schüler:innen insbesondere die einseitig positive – und irreführende – Darstellung militärischer Arbeit als erlebenswerte „Challenge“ bzw. reizvollen „Lifestyle“ herausarbeiten und kritisch bewerten. Die im Zuge einer kritischen Diskussion zu erwartende Fokussierung auf signifikante Gefahren und Belastungen, die mit Militärdienst einhergehen, wird im Folgenden durch die

Erarbeitung einer Textpassage der britischen Philosoph:innen Jonathan Parry und Christina Easton vertieft. In dieser Textpassage wird der Begriff des *moralischen Risikos* mit Blick auf die Frage nach der Legitimität militärischer Rekrutierungsmaßnahmen fruchtbar gemacht: Militärische Arbeit geht nicht nur mit dem Risiko einher, Opfer von gewaltvollen Handlungen zu werden, sondern auch mit dem Risiko, selbst solche Handlungen auszuführen. Dieses Risiko erhält in solchen Fällen eine besonders problematische Qualität, in denen die entsprechenden Kriegshandlungen als moralisch illegitim zu bewerten sind – etwa wenn sie gegen geltendes Kriegsrecht verstoßen. Dies ist es, was Parry und Easton „moralisches Risiko“ nennen, also das Risiko, schwerwiegende moralische Verfehlungen zu begehen. Die so identifizierte Problematik verschärft sich angesichts des besonders jungen Alters der Personen, die herkömmlicherweise die primäre Zielgruppe militärischer Rekrutierungsmaßnahmen darstellen.

Vor dem Hintergrund einer Erarbeitung dieser Zusammenhänge lernen die Schüler:innen im Anschluss in Form einer Textpassage des amerikanischen Philosophen Michael Walzer eine Position kennen, die auf der Grundlage der mit militärischer Arbeit verbundenen Gefahren und Belastungen für eine allgemeine Wehrpflicht argumentiert. Leitend ist dabei der Gedanke, dass nur durch eine politisch gesteuerte Wehrpflicht gewährleistet werden kann, dass die Zumutungen des Militärdienstes auf gerechte Weise unter den Mitgliedern einer Gesellschaft verteilt sind. Die Schüler:innen sollen diese Argumentationslinie anhand der Textpassage von Walzer erarbeiten und unter Bezugnahme auf die Argumentation von Parry und Easton vergleichend beurteilen. Zum Abschluss des Materials folgt eine indirekte Rückwendung zu der initial diskutierten Werbekampagne der Bundeswehr: Unter Berücksichtigung der mit militärischer Arbeit verbundenen Risiken sollen die Schüler:innen Werbeplakate erstellen, die ein realistisches Bild des Lebens als Soldat:in zeichnen. Als Inspirationsquelle – und Kontrastfolie – können hier von der Lehrkraft reale Werbeplakate der Bundeswehr präsentiert werden.

M5 widmet sich in Abgrenzung zu M2 bis M4 einem etwas anders gelagerten Aspekt. Während bis zu diesem Zeitpunkt die Frage nach der grundsätzlichen Legitimität einer Wehrpflicht im Zentrum stand, dreht sich dieses Material nun um die Frage, für wen eine Wehrpflicht überhaupt gelten sollte. Tatsächlich wurde die bisherige Diskussion unter der impliziten Annahme geführt, dass eine Wehrpflicht – sofern sie als legitim zu bewerten ist – für alle Personen ab dem Alter der Volljährigkeit für einen bestimmten Zeitraum gelten sollte (sofern entsprechende medizinische Voraussetzungen erfüllt sind). Diese Annahme ist insofern bemerkenswert, als dass in Deutschland und in vielen anderen Ländern ausschließlich Männer von der Wehrpflicht betroffen sind. Die Frage nach der Bewertung einer solchen Einschränkung soll dementsprechend abschließend zum Gegenstand einer expliziten Auseinandersetzung werden. Nach einer initialen eigenständigen Positionierung erarbeiten die Schüler:innen nacheinander zwei einander widersprechende Argumentationslinien: Gemäß der Argumentation des südafrikanischen Philosophen David Benatar benachteiligt eine Befreiung von Frauen von der Wehrpflicht Männer auf ungerechtfertigte Weise. Gemäß der Argumentation der Journalistin Patricia Hecht muss diese Benachteiligung jedoch im Kontext breiterer gesellschaftlicher Dynamiken betrachtet werden, in deren Rahmen Frauen ihrerseits auf vielfältige Weise substanziellen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Auf Grundlage einer kritischen Erarbeitung und Diskussion

dieser beiden Argumentationslinien können die Schüler:innen ihre initialen Positionierungen überdenken und ggf. modifizieren.

M6 stellt den Abschluss des Bausteins dar. Hier sollen die Schüler:innen zunächst ihre in M1 entwickelten Begründungsansätze im Lichte der im Laufe des Bausteins erarbeiteten Argumentationsstränge ergänzen und kritisch überprüfen. Für die auf dieser Grundlage ermöglichte abschließende Stellungnahme wurde ein produktiver Schreibauftrag gewählt: Die Schüler:innen sollen einen fiktiven Beitrag für die Schülerzeitung zum Thema „Ist die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland gerechtfertigt?“ verfassen.